

1. Einleitung

1.1. Ausgangslage politischer Bildung im wiedervereinigten Deutschland

Politische Bildungsarbeit sieht sich in vielfältiger Weise mit der politischen Wirklichkeit konfrontiert. Sie ist, wie wohl kaum ein anderer Bereich der Bildung, von den alltäglichen Erfahrungen der Adressaten abhängig und zielt auf die Rückkopplung der Bildungsangebote in den politischen Alltag. Seit 1989 sind die Bürger Deutschlands mit dem Einigungsprozeß konfrontiert, der von ihnen ein hohes Maß an Akzeptanz, Beteiligungsbereitschaft und nicht zuletzt Verständnis verlangt. Im Verlauf des Einigungsprozesses wurde zunehmend sichtbar, daß Deutschland sich nicht nur geographisch verändern würde. Die großen wirtschaftlichen, sozialen, politischen und mentalen Veränderungen im Gefolge der deutschen Einheit stehen in einem engen Bezug zum europäischen Einigungsprozeß und zu globalen Modernisierungsprozessen. All diese Prozesse sind verbunden mit dem Verlust von Gewißheiten und Sicherheiten. Hier wird den Bürgern eines sich gerade erst selbst findenden und neu verortenden Landes viel abverlangt.

Die zunehmende Alltäglichkeit der Folgeprobleme führt nicht selten dazu, daß die deutsche Einheit als Last empfunden wird und Trennendes vor dem Gemeinsamen steht. Der Angleichung der politischen und juristischen Verhältnisse hinkt die Angleichung der Lebensverhältnisse hinterher und im Umgang mit der gemeinsamen Vergangenheit scheint die häufig „Mauer in den Köpfen“ genannte Differenz zwischen Ost- und West-Deutschland besonders augenfällig. Bei genauerer Betrachtung laufen die Konfliktlinien jedoch inzwischen viel weniger entlang der früheren „Staatsgrenze der Deutschen Demokratischen Republik“, die Auseinandersetzung um den PEN oder die immer wieder einmal entfachten Schlußstrichdebatten machen ebenso wie die von Politikern aus der ehemaligen DDR wie aus den alten Bundesländern getragenen Bemühungen der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ oder die inzwischen alltäglich selbstverständliche Zusammenarbeit von Menschen aus Ost und West deutlich, daß die empfindliche Pflanze deutsche Einheit ihre Wurzeln wie ihre Blüten in beiden Teilen des vereinigten Deutschland hat. Das soll nicht darüber hinweg täuschen, daß diese Pflanze ohne die entsprechende Pflege nicht gedeihen kann. „Die sozialen Bindekräfte in einer Gesellschaft sind so bedeutsam, daß man ihre Pflege nicht dem Zufall überlassen kann. Für diese Aufgabe ist die politische Bildung am besten geeignet.“¹

Im „Darmstädter Appell“ formulierten 1996 namhafte Vertreter aus dem Bereich der politischen Bildung: „Politische Bildung hat die Aufgabe, die demokratische politische Kultur durch Erziehung zu festigen und zur Kontinuität demokratischer Entwicklungen beizutragen.“² Im Bericht der Bundesregierung

1 Schiele, Zeiten, S. 5.

2 „Darmstädter Appell“: S. 35.

zu Stand und Perspektiven der politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland von 1992 heißt es: „Eine wichtige Aufgabe hat die politische Bildung; ihr Ziel ist die Vermittlung von demokratischem Bewußtsein, von Kenntnissen und der Fähigkeit, an politischen Prozessen mitzuwirken.“³ Angesichts der oben kurz skizzierten Problemlage handelt es sich um eine grandiose Aufgabe, die nur zu lösen ist, wenn verschiedenste gesellschaftliche und politische Kräfte sich gemeinsam ihrer Erfüllung verpflichtet fühlen.

Politische Bildung im demokratischen Sinne besitzt in der Bundesrepublik eine inzwischen lange Tradition und ist in besonderer Weise vom Vereinnahmungsstreben totalitärer Agitation und Propaganda auch und insbesondere im Bildungsbereich unterschieden. Methoden und Konzepte ebenso wie die Inhalte der politischen Bildungsarbeit orientieren sich am demokratischen Kern des antitotalitären Gründungskonsens der alten Bundesrepublik, aber auch an den zu Recht immer wieder kritisch aufgedeckten Defiziten der Aufarbeitung totalitärer Vergangenheiten. Das demokratische Gemeinwesen ist bei einem überwiegenden Teil der Bevölkerung der alten Bundesrepublik zu einer selbstverständlichen Alltagserfahrung geworden.

Die aus der DDR überkommenen Erfahrungen mit dem Zusammenhang von Bildung und Politik – vom Staatsbürgerkundeunterricht⁴ über den inflationären Mißbrauch des Antifaschismus-Begriffs bis zu den „Schulen des Sozialismus“ – sind ganz andere. Sie führen heute nicht selten zu einer Skepsis gegenüber der Politik im Allgemeinen und ihrer Vermittlung auch durch politische Bildung im Besonderen. Die je eigene lebensgeschichtliche Verbundenheit mit der emanzipatorisch auftretenden Diktatur läßt bei den Betroffenen häufig den Eindruck entstehen, eine kritische Auseinandersetzung mit der Diktatur sei verbunden mit persönlicher Entwertung und kollektiver Verurteilung. Die Ausgangslage für politische Bildung „nach 60 Jahren Diktatur“⁵ ist in diesem Teil Deutschlands also ungleich schwieriger als in den alten Bundesländern. Alle Träger „müssen sich ... mit einem beträchtlichen Mißtrauen gegenüber politischer Bildung auseinandersetzen, das in Jahrzehnten der Indoktrination, Agitation und Propaganda in der ehemaligen DDR gewachsen ist.“⁶

Einer langen Tradition von politischer Bildung in der Verantwortung staatlicher und freier Träger in einem relativ stabilen politischen System steht im Osten Deutschlands ein sehr weitgehender Umbau der politischen Institutionen allgemein und ein völliger Neuaufbau von Trägern politischer Bildung gegenüber. Was im einen Teil Deutschlands selbstverständlicher Bestandteil des politischen Systems ist, muß in der anderen Hälfte um Akzeptanz ringen und Skepsis überwinden. Zunehmende Probleme bei der materiellen Sicherung dieser schwierigen Arbeit angesichts der immer knapper werdenden öffentlichen Mittel sollen nicht unerwähnt bleiben.

3 Bundesregierung, Bericht, S. 3.

4 Vgl. Kuhn/Massing, Konzeptionen, S. 35 ff. Cremer/George, Situation, S. 47.

5 Rüther, Politische Bildung, S. 5.

6 Bundesregierung, Bericht, S. 23.

Trotz der beachtlichen Unterschiede zwischen den beiden Teilen des wiedervereinigten Deutschland soll hier unter gesamtdeutscher Perspektive die Frage untersucht werden, wie in der politischen Bildungsarbeit mit der gemeinsamen jüngsten deutschen Diktaturerfahrung umgegangen wird, von welcher Relevanz die Aufarbeitung der SED-Diktatur für die „demokratische politische Kultur“ und die zukünftige „Kontinuität demokratischer Entwicklungen“ ist. „Nach dem Niederreißen der Mauer und nach der Vereinigung Deutschlands muß politische Bildung ihren Beitrag dazu leisten, daß aus den bisherigen beiden Teilen ein geistiges und gesellschaftliches Miteinander wird.“⁷ Mit welchen Mitteln freie Träger der politischen Bildungsarbeit diesen Beitrag leisten, soll folgend dargestellt werden.

1.2. Zu Situation und Perspektiven der politischen Bildung in der Bundesrepublik

Bei der (auch rückblickenden) Betrachtung der Lage der politischen Bildung im wiedervereinigten Deutschland ist die Einschätzung verschiedenster Autoren nicht selten pessimistisch. Man kann lesen, daß sich die politische Bildung in einer „Misere“⁸ befindet, daß sie „zur Zeit keine Konjunktur habe“⁹ und unter „Reputationsverlust“¹⁰ leide, von Krisenszenarien¹¹ ist gar die Rede und ein Autor beschreibt die Situation als gänzlich ausweglos: „Insofern ist es tatsächlich nicht treffend zu sagen, politische Bildung befände sich in der Krise, denn mit diesem Begriff läßt sich noch ein Ausweg assoziieren. Der aber ist verstellt, solange nicht darüber gesprochen wird, was die Wirkung der politischen Bildung am meisten und konsequentesten beeinträchtigt – das Verhalten der Politiker. Damit meine ich nicht nur ihr Desinteresse an politischer Bildung und damit an demokratischer Kultur, sondern ihren Präsentationsstil, der auf Vortäuschung abzielt und Argumentationserwartung als Außenseitereinsetzung ad absurdum führen möchte.“¹²

Ganz offensichtlich befindet sich die Diskussion um die Lage der politischen Bildung zumindest in Teilen im Fahrwasser der häufig als „Politikverdrossenheit“¹³ beschriebenen Diskrepanz zwischen demokratischem Anspruch und alltäglich erfahrener Lebenswirklichkeit der Bürger im politischen System. Politikerschelte, obiges Zitat ist nur Beispiel eines vielstimmigen Chores, ist nicht selten eine populistische und bequeme Alternative zur mühevollen Beteiligung des mündigen Bürgers an den Belangen des Gemeinwesens. Politische Bildung kann diese Beteiligung befördern, nicht jedoch grundsätzliche Akzeptanzprobleme im gespannten Verhältnis zwischen Bürgern und Politi-

7 Ebenda, S. 3.

8 Vgl. Petersen, Misere, S. 212 – 218.

9 Reinhardt, Braucht die Demokratie, S. 10.

10 Kahsnitz, Ohne Krisenbewußtsein, S. 23 f.

11 Vgl. Kuhn/Massing, Konzeptionen, S. 19.

12 Tietgens: Anmahnung, S. 201.

13 Vgl. Hufer, Fragen, S. 6.

kern lösen. Wenn von Nuissl „ein Hang zur Resignation bei politischen Bildnerinnen und Bildnern“¹⁴ festgestellt wird, findet in diesem auch das Bedauern über den gerade im Bereich politischer Bildung alltäglich erfahrbaren Unterschied zwischen der Erkenntnis von politischen Erfordernissen und der Schwierigkeit ihrer Durchsetzung seinen Ausdruck.

Bei etwas genauerer Betrachtung erscheint die Lage der politischen Bildung viel weniger dramatisch als die Klage laut tönt. Allein der Aufbau eines vielfältigen Systems von staatlichen und freien Trägern politischer Bildung im Osten Deutschlands innerhalb kürzester Zeit deutet auf eine ganz erstaunliche Leistungskraft der Träger politischer Bildung hin. Aber auch die Lebendigkeit der nicht selten kontrovers geführten Diskussion über didaktische wie inhaltliche Fragen der politischen Bildung zeugt weniger von einer Krise als mehr von der Fähigkeit, Problemlagen zu erkennen und an Lösungen zu arbeiten.

Bewährt hat sich ganz offensichtlich auch für die politische Bildung in den neuen Bundesländern der „Beutelsbacher Konsens“, der die „drei ... Grundprinzipien eines möglichen Minimalkonsenses in der Politischen Bildung“ benennt:

- „1. Überwältigungsverbot. Es ist nicht erlaubt, den Schüler – mit welchen Mitteln auch immer – im Sinne erwünschter Meinungen zu überrumpeln und damit an der ‘Gewinnung eines selbständigen Urteils’ zu hindern. ...
2. Was in Wissenschaft und Politik kontrovers ist, muß auch im Unterricht kontrovers erscheinen.“ Dem Lehrer kommt hierbei die Aufgabe zu, Einseitigkeiten zu korrigieren.
- „3. Der Schüler muß in die Lage versetzt werden, eine politische Situation und seine eigene Interessenlage zu analysieren, sowie nach Mitteln und Wegen zu suchen, die vorgefundene politische Lage im Sinne seiner Interessen zu beeinflussen.“¹⁵

Was hier insbesondere für die politische Bildung in der Schule formuliert wurde, findet auch im Bereich der außerschulischen und der Erwachsenenbildung weitgehende Anerkennung.

Angesichts der sich verändernden politischen, ökonomischen, gesellschaftlichen Rahmenbedingungen verändern sich auch die Arbeits- und Wirkungsmöglichkeiten in der politischen Bildung. Daß diese Veränderungen häufig genug nur aus finanziellen Einschränkungen bestehen, die den in der politischen Bildung Arbeitenden kaum Spielraum zu problemorientierten Reformansätzen lassen, ist ein großes Dilemma.¹⁶ Inwiefern in der politischen Bildung auf die großen Themen der gegenwärtigen Wandlungsprozesse auf zeitgemäße Weise eingegangen wird, ist in einem wichtigen, aber bei weitem nicht

14 Nuissl, Auftrag, S. 519.

15 Wehling, Konsens, S. 126.

16 Vgl. u. a. Hufer, Politische Erwachsenenbildung, S. 91.

dem einzigen Teilbereich der politischen Bildung Gegenstand dieser Untersuchung.

Gerade für diesen Gegenstand ist es erforderlich, die unterschiedliche Ausgangslage¹⁷ der politischen Bildung in der alten Bundesrepublik und in den neuen Bundesländern zur Kenntnis zu nehmen und bei der Bewertung der Angebote zu berücksichtigen. Der Hinweis von Wernstedt, daß die „Unterschiede in der Rezeptionsfähigkeit, die in der unterschiedlichen Lebensgeschichte liegen, zum didaktischen Ausgangspunkt“¹⁸ zu machen seien, unterstreicht die Vielschichtigkeit der sich aus den Folgen der deutschen Teilung ergebenden Probleme für die politische Bildung.

Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit, hierin besteht inzwischen weitgehend Einigkeit, ist nicht nur eine ost-deutsche Angelegenheit. „Für beide deutschen Teile bleibt die Aufgabe der Politischen Bildung, historische Erinnerungsarbeit zu leisten.“¹⁹ Die Geschichte nach 1945 wird zunehmend als eine gemeinsame Geschichte verstanden. Die ost-west-deutsche Doppelperspektive beim Blick auf diese Geschichte stellt ein überaus produktives Potential nicht nur für die politische Bildungsarbeit dar. Wie dieses genutzt wird, aber auch, welche Defizite sich bei der Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit unter dieser Doppelperspektive zeigen, das soll hier u. a. untersucht werden.

„Aufarbeitung der SED-Diktatur in der politischen Bildung“ – schon in der Themenstellung wird deutlich, daß die Auseinandersetzung mit der DDR-Vergangenheit weit über zeithistorische Forschung hinaus gehen muß aber auch über eine unmittelbar auf die Funktionsmechanismen des politischen Systems abzielende Institutionenlehre. Daß keine „rasche[n] Ergebnisse ... von der politischen Bildung im deutschen Einigungsprozeß ... zu erwarten“²⁰ sind hat seine Ursache u. a. in der Stabilität der „politisch-historischen Prägungen“²¹ sowohl der Bürger der neuen als auch der der alten Bundesländer.

1.3. Die Problematik der „Aufarbeitung der SED-Diktatur“

Als Theodor W. Adorno in seinem Aufsatz „Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit“²² den bewußt subjektorientierten, aktive Auseinandersetzung verlangenden Begriff der Aufarbeitung dem allgemeinen Trend zur Verdrängung und Bewältigung der Vergangenheit, insbesondere der je eigenen Vergangenheit in der nationalsozialistischen Diktatur entgegengesetzte, stand die Diskussion um individuelle Verstrickung, um sozialpsychologische und historische Hintergründe, um kollektive Folgen der Sozialisation unter den Bedingungen von Diktatur und dgl. Ursachen und Wirkungen noch an ihrem An-

17 Vgl. Rüther, Politische Bildung, S. 5.

18 Wernstedt, Erblast, S. 38 f.

19 Ebenda.

20 Rüther, Politische Bildung, S. 5.

21 Ebenda, S. 9.

22 Adorno, Aufarbeitung, S. 555 ff.

fang. Verfolgt man heutige Schlußstrichdebatten, beobachtet man die Zurückhaltung so mancher Pädagogen und Forscher aber auch Politiker nicht nur in den neuen Bundesländern der DDR-Vergangenheit gegenüber, erlebt man die ostalgtischen Verkürzungen einer zunehmend positiv umgedeuteten DDR-Identität, sieht man den schon fast traditionell großzügigen Umgang der Justiz mit Verantwortlichen für totalitäre Verbrechen und Menschenrechtsverletzungen, kann man den Eindruck gewinnen, diese Diskussion stünde auch heute noch an ihrem Anfang.

Andererseits erweist sich die deutsche Demokratie angesichts eines derartig massiven, umfassenden Umbruchs, wie er derzeit stattfindet, als erstaunlich stabil. Bei allen gesellschaftlichen Problemen, die eine von der Autoritätsfixierung früherer Jahrgänge weit entfernte individualistisch und hedonistisch orientierte Generation verursacht, der autoritätsgebundene Charakter als „Symptom“ einer „gesellschaftlichen Schwächung des Ichs“²³ befindet sich langfristig auf dem Rückzug,²⁴ auch wenn er von seiner Gefährlichkeit wenig eingeübt hat, wie immer wieder einmal sichtbar wird.

Ohne die Wirksamkeit politischer Bildung überschätzen zu wollen, sie hat offenkundig einen Beitrag dazu geleistet, der autoritären Verlockung das selbstbewußte Subjekt entgegenzustellen. „In Deutschland ist es Mode,“ schreibt Adorno, „auf den politischen Unterricht zu schimpfen, ... aber der Bildungssoziologie liegen schon jetzt Daten vor, die darauf hinweisen, daß der politische Unterricht, wo er überhaupt mit Ernst und nicht als lästige Pflicht betrieben wird, mehr Gutes stiftet, als man ihm gemeinhin zutraut.“²⁵ Ein „Bewertungswandel im Geschichtsbewußtsein“²⁶ [der alten Bundesrepublik – W.K.] mag als Bestätigung dieser Aussage dienen.

Doch seit 1989 gibt es bei der Aufarbeitung der nun gemeinsamen deutschen Vergangenheit einen Bruch. Zur Notwendigkeit der Aufarbeitung NS-Diktatur, die immer wieder für Unruhe im gesellschaftlichen Diskurs sorgt,²⁷ ist unversehens eine neue Aufarbeitungslast gekommen, der man sich angesichts der starken Nachwirkungen der DDR in der neuen deutschen Gegenwart kaum entziehen kann. Plötzlich wird der Vergleich beider Diktaturen wieder Gegenstand des Streits, Gewißheiten der bipolaren Welt verschwinden und die angesichts der düsteren deutschen Vergangenheit vielfach positiv bewertete begrenzte deutsche Souveränität wird abgelöst von einer vorsichtigen Suche nach einer neuen Rolle Deutschlands im internationalen System.

Immer wieder wird der Wunsch laut, die „Mauer in den Köpfen“ müsse jetzt überwunden werden, doch vielfach herrscht Ratlosigkeit ob der geringen Erfolge der massiven Transferleistungen für den Prozeß der Herstellung der „inneren Einheit“ insbesondere im weiten Feld der vielzitierten Befindlichkeiten.

23 Ebenda, S. 558, auch 561 f.

24 Vgl. Harbordt, Sozialisation, S. 20 ff.

25 Adorno, Aufarbeitung, S. 568.

26 Pampel, Aufarbeitung, S. 29.

27 Ein Hinweis auf die Goldhagen-Debatte und den Historiker-Streit soll als Beleg genügen.

Ohne die Möglichkeiten der aufklärerischen Ambition „Aufarbeitung“ überbewerten zu wollen, die Erarbeitung und damit Aufarbeitung der gemeinsamen Geschichte stellt einen wichtigen Schlüssel bei der Durchdringung dieser „Mauer in den Köpfen“ dar. Auch wenn immer wieder die Hoffnung besteht, durch diese mühevollen Arbeit könnten „Lehren aus der Vergangenheit“ gezogen werden um zukünftigen Verirrungen vorbeugen zu können, in erster Linie geht es um die Gegenwart und die unmittelbare Zukunft. Diese läßt sich nicht durch Schlußstriche oder romantische Verklärung²⁸ bewältigen, angesichts der neuen Unübersichtlichkeit erfordert sie ein möglichst hohes Maß an Kenntnis der eigenen Vergangenheit und an Selbst-Erkenntnis, aber ebenso ein Mindestmaß an Kenntnissen über die Vergangenheit und Herkunft der Mit-Bürger. Der kleine, aber wichtige Beitrag, den politische Bildung dazu leisten kann und muß, ist unverzichtbar.

2. Zur Durchführung der Befragung

Die Befragung wurde mit Hilfe eines sehr eng an den Fragen der Enquete-Kommission angelehnten Fragebogens durchgeführt.²⁹ Die Fragen entsprechen den Unterabschnitten des Auswertungskapitels. Es wurden sowohl geschlossene als auch offene Fragen verwendet.

Der Fragebogen wurde um den 15. November 1996 an die auf der Liste der AdB verzeichneten 204 Mitglieder versandt. 20 % der auf dieser Liste verzeichneten Bildungsträger kamen aus den neuen Bundesländern. 109 Rückläufe wurden verzeichnet, das ist eine Quote von 53,4 %. Durch telefonische Rückfrage bei den Adressaten konnte die Rücklaufquote von 41,6 % nach dem gesetzten Termin um 11,8 % erhöht werden. Stichtag für die in die Auswertung eingegangenen Antworten war der 20.2.1997 (2 Monate nach dem gesetzten Termin).

44 Rückläufe (z.T. knappe telefonische Information) enthielten keinen Fragebogen, 18 Bildungsträger davon waren in Veranstaltungs- und Referentenlisten enthalten (16 bei der Konrad-Adenauer-Stiftung), so daß hier über die Frage zu den Referenten und Themen Auskunft gegeben werden kann, in diesen Teilbereichen sind sie in der Auswertung enthalten. Von 4 Einrichtungen wurde die Auflösung mitgeteilt, in 15 Fällen wurde mitgeteilt, daß Fragen der Aufarbeitung von DDR-Vergangenheit nicht Gegenstand der politischen Bildungsarbeit der jeweiligen Einrichtungen sind. 68 Fragebögen (33,3 %) gingen ausgefüllt ein und konnten entsprechend ausgewertet werden. Da nicht in allen Fällen die Fragebögen vollständig zurückgesandt wurden, können bei der fragenbezogenen Auswertung Abweichungen nach unten ($n < 68$) auftreten.

²⁸ Daß diese Verklärung nicht nur eine Angelegenheit einiger weniger Ewiggestriger ist, belegen z. B. die mit propagandagesättigten DDR-Produktionen gefüllten Fernsehprogramme öffentlich-rechtlicher Anstalten in den neuen Bundesländern.

²⁹ Siehe Anhang.